

Projektvertrag (mit dem Drittauftragnehmer)

Über die

Implementierung und Migration

einer Managed File Transfer (MFT) Lösung

zwischen der

Techniker Krankenkasse
Bramfelder Straße 140
22305 Hamburg

- im Folgenden **"TK"** -

und

Der AN wird vor Zuschlagserteilung von der TK eingetragen.

- im Folgenden **"AN"** (Auftragnehmer) -

wird unter der Vertragsnummer 20159768 folgender Vertrag geschlossen:

§ 1 Präambel

(1) Die TK beabsichtigt eine Managed File Transfer (MFT) Lösung einzusetzen und zu betreiben, welche die fachlichen und technischen Anforderungen der TK erfüllt und erfolgreich in die bestehende Systemlandschaft integriert und migriert werden kann (Vorhaben).

(2) Im Rahmen des im Voraus durchgeführten Vergabeverfahrens wurden mehrere geeignete Bieter zur Abgabe von Angeboten für die Durchführung eines Proof of Concept („PoC“) sowie – bei erfolgreichem Abschluss des PoC – für die anschließende Umsetzung des Projekts aufgefordert. Weitere Leistungsbestandteile sind die Einräumung der erforderlichen Nutzungsrechte an der Softwarelösung sowie deren Pflege und die Unterstützung im Rahmen des Betriebes.

(3) Die TK führt den Projektvertrag mit dem im Vergabeverfahren erstplatzierten Bieter (Bieter A/Erstauftragnehmer) vorrangig durch, soweit der PoC-Vertrag mit dem Erstauftragnehmer erfolgreich abgeschlossen wird. Für den Fall, dass der PoC oder die Implementierung und Migration (Projektvertrag)

mit dem Erstauftragnehmer nicht erfolgreich abgeschlossen wird, ist die TK berechtigt, die im Vergabeverfahren vorgesehene alternative Beschaffungsmöglichkeit zu nutzen und den im Vergabeverfahren nachrangig platzierten Bieter (Bieter B/Zweitauftragnehmer) zu beauftragen.

(4) Der AN hat im Vergabeverfahren ein Angebot abgegeben, das nach Wertung durch die TK auf dem dritten Rang platziert wurde. Die TK erteilte dem AN auf dieser Grundlage den Zuschlag auf den vorliegenden Vertrag über die Implementierung und Migration der vom AN (Drittauftragnehmer) angebotenen Lösung **auf Abruf der TK**. Die TK kann die Leistung abrufen, soweit der PoC oder die Implementierung und Migration mit dem Erst- und dem Zweitplatzierten (Erstauftragnehmer und Zweitauftragnehmer) nicht erfolgreich abgeschlossen wird oder der Vertrag/die Verträge mit dem Erstauftragnehmer und Zweitauftragnehmer aus anderen Gründen nicht zur Durchführung oder zum Abschluss des Projektvertrages führten. Ein Anspruch des AN auf Abruf der Leistungen entsteht hierdurch nicht.

§ 2 Vertragskonstrukt

(1) Die TK und der AN schließen im Zusammenhang mit der Einführung einer Managed File Transfer (MFT) Lösung die folgenden Verträge:

- Vertrag über die Durchführung eines Proof of Concept („PoC-Vertrag“),
- Projektvertrag über die Implementierung und produktive Einführung der Lösung sowie die Migration der Lösung („Projektvertrag“)
- EVB-IT Überlassungsvertrag Typ B über die zeitlich befristete Überlassung der Software und dazugehörigem EVB-IT Pflegevertrag
- EVB-IT-Dienstleistungsvertrag über Unterstützungsleistungen für den Betrieb und Schulungsleistungen

(2) Die vorstehend genannten Verträge stehen in einem rechtlichen und wirtschaftlichen Zusammenhang und bilden im Hinblick auf das Vorhaben (Einführung und Betrieb einer Managed File Transfer Lösung) eine Einheit. Die Verträge sind darauf ausgerichtet, die Pilotierung, die Herbeiführung der Betriebsbereitschaft und die Unterstützungsleistungen beim Betrieb bei der vom AN angebotenen Lösung zu regeln.

(3) Die Parteien sind sich darüber einig, dass Rechte und Pflichten aus den Verträgen im Zweifel so auszulegen sind, dass ein in sich schlüssiges, aufeinander abgestimmtes Regelwerk für das Vorhaben entsteht.

§ 3 Vertragsbestandteile

(1) Die Vertragsbestandteile gelten in der folgenden Reihenfolge:

- dieser Vertrag
- Interessenteninformation (Anlage V1)
- die Leistungsbeschreibung (Anlage V2) nebst Anlagen
 - Vorgaben aus IT-Sicht (Anlage L1)
 - Informationssicherheit (Anlage L2)
- Regelung zur Auftragsverarbeitung (Anlage V3)

- Anforderungen gemäß DORA-Verordnung (Anlage V4)
- Angebot (Anlage V5 nebst Anlagen)
 - Preisblatt (Anlage A1)
 - Ausgefüllter TK-Fragenkatalog (Anlage A2) nebst beigefügter Nachweise, (Anlage A2)
 - Sicherheitshandbuch (Anlage A3), in der jeweils aktuellen Fassung (Anlage A3)
- die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der bei Vertragsschluss geltenden Fassung.

(2) Weitere Bedingungen des AN, insbesondere Allgemeine Geschäftsbedingungen, werden ausdrücklich ausgeschlossen. Dies gilt insbesondere auch für Abweichungen oder Widersprüche, die in den vom AN eingereichten Unterlagen bestehen. Der AN ist verpflichtet, die in dem von ihm ausgefüllten Fragenkatalog angegebenen Funktionen über die gesamte Laufzeit des Vertrages einzuhalten und mangelfrei zur Verfügung zu stellen.

(3) Die im eingereichten Sicherheitshandbuch beschriebenen Abläufe und Maßnahmen nach der DSGVO sind über die gesamte Vertragslaufzeit einzuhalten. Es ist insbesondere im Hinblick auf sich verändernde Umstände und sich nach dem aktuellen Stand der Technik ändernde Erkenntnisse kontinuierlich - ohne qualitative Abstriche - fortzuschreiben und der TK zur Verfügung zu stellen. In diesem Falle ersetzt das neue Sicherheitshandbuch das bisherige und wird als neue Anlage A3 Vertragsbestandteil.

§ 4 Vertragsgegenstand

(1) Vertragsgegenstand ist die Implementierung und Migration der MFT Lösung in die IT-Infrastruktur der TK **auf Abruf**. Der AN schuldet bei Abruf insbesondere alle Leistungen der Leistungsphase 2 (Implementierung) und der Leistungsphase 3 (Migration) wie in der Leistungsbeschreibung, Anlage V2, (im folgenden "LB") dargestellt.

(2) Bei den vertraglichen Leistungen handelt es sich um IKT-Dienstleistungen im Sinne der Verordnung (EU) 2022/2554 (DORA), da diese Leistungen auch zugunsten der TK Pensionsfonds AG erbracht werden. Für diesen Vertrag gelten daher ergänzend die „Anforderungen gemäß DORA-Verordnung“ aus der Anlage V4.

(3) **Die TK ist nicht verpflichtet, die Leistungen nach diesem Vertrag abzurufen.** Die TK entscheidet, ob und wann sie die Leistungen des AN in Anspruch nimmt.

(4) Der Abruf der Leistungen erfolgt durch einseitige schriftliche Erklärung der TK gegenüber dem AN („Abruf“). Mit Zugang des Abrufs beim AN wird die Durchführung der Leistung nach diesem Vertrag verbindlich ausgelöst. Der AN ist verpflichtet, die Leistungen entsprechend den Regelungen dieses Vertrages zu erbringen

(5) Da der Projektvertrag sowohl werkvertragliche als auch dienstvertragliche Leistungspflichten enthält, handelt es sich um einen typengemischten Vertrag. Für die Leistungen, für die der AN einen bestimmten abnahmefähigen Erfolg schuldet – dies gilt insbesondere für die im Rahmen der Konzeptionen zu erstellenden Konzepte – gelten nach den speziellen Regelungen dieses Vertrages vorrangig die Vorschriften über den Werkvertrag (§§ 631 ff. BGB). Für Leistungen, bei denen der AN lediglich die

Tätigkeit als solche schuldet – insbesondere die Unterstützung bei der Implementierung und der Migration der MFT-Lösung – gelten nach den speziellen Regelungen dieses Vertrages vorrangig die Vorschriften über den Dienstvertrag (§§ 611 ff. BGB).

(6) Im Rahmen der Implementierung erbringt der AN Schulungsleistungen gem. der LB. Schulungstermine, die Konkretisierung des Inhalts sowie alle weiteren Details zu den Schulungen stimmen die Parteien auf Basis der LB zu Beginn der Leistungsphase 2 ab. AN ist verpflichtet, die Schulung so zu gestalten und durchzuführen, dass die Teilnehmenden im Anschluss befähigt sind, die Lösung sicher anwenden zu können.

(7) Die TK ist nicht verpflichtet, Leistungen nach diesem Vertrag abzurufen. Die TK entscheidet, ob und wann sie die Leistungen des AN in Anspruch nimmt.

(8) Der Abruf der Leistungen erfolgt durch einseitige schriftliche Erklärung der TK gegenüber dem AN („Abruf“). Mit Zugang des jeweiligen Abrufs beim AN wird die Leistungsphase 2 bzw. die Leistungsphase 3 nach diesem Vertrag verbindlich ausgelöst. Der AN ist verpflichtet, die abgerufenen Leistungen entsprechend den Regelungen dieses Vertrages zu erbringen.

(9) Soweit die TK keinen Abruf erklärt, entstehen dem AN aus diesem Vertrag keine Ansprüche auf Vergütung, Ersatz vergeblicher Aufwendungen oder sonstiger Schadensersatz. Hiervon unberührt bleiben etwaige Ansprüche des AN, die aus einer Pflichtverletzung der TK aus diesem Vertrag resultieren.

(10) Weitere Anforderungen an die Leistungserbringung ergeben sich aus dem Folgenden sowie aus den Anlagen zu diesem Vertrag, insbesondere aus der LB sowie aus dem durch den AN ausgefüllten TK-Fragenkatalogs (Anlage A2).

(11) Soweit der AN eine Bietergemeinschaft ist, handelt es sich bei den Bietergemeinschaftsmitgliedern um Gesamtschuldner i.S.v. § 421 BGB.

§ 5 Vertragslaufzeit, Leistungsbeginn und Kündigung

(1) Der Vertrag beginnt mit Zuschlagserteilung. Die Leistungsphase 2 und die Leistungsphase 3 gemäß LB (Anlage V2) beginnen für den Zweit- bzw. Drittauftragnehmer nicht unmittelbar nach Abnahme der Leistungen im PoC, sondern nach Abruf durch die TK. Spätestens 2 Wochen nach Abruf der Leistungsphase 2 durch die TK wird der AN in Abstimmung mit der TK einen eintägigen Kickoff-Termin (ca. 8 Stunden) durchführen.

(2) Wird der Vertrag nicht gem. § 6 durch die TK gekündigt oder auf sonstige Weise vorzeitig beendet, endet der Vertrag nach erfolgreicher Migration.

(3) § 648 BGB bleibt unberührt.

§ 6 Sonderkündigung

(1) Stellt die TK im Verlauf des Projektvertrages fest, dass ein A-Kriterium oder B-Kriterium oder eine weitere Mindestanforderung aus der Anlage L1 noch nicht erfüllt wird, ist die TK berechtigt, den Vertrag fristlos zu kündigen.

(2) Nicht erfüllbar ist ein Kriterium bzw. eine weitere Mindestanforderung, wenn die Nichterfüllung auf einem fehlenden oder nicht den Kriterien entsprechenden Funktionsumfang der MFT-Lösung begründet

ist, also nicht konfigurationsbedingt ist, und wenn dieser Mangel nach Prognose der TK nicht oder nicht mehr innerhalb des verbleibenden Zeitrahmens des Projektvertrages behebbar ist, etwa durch Lieferung eines neuen Programmstands.

(3) Die TK ist berechtigt, den Vertrag fristlos zu kündigen, soweit der Vertrag mit dem Erst- oder Zweitauftragnehmer erfolgreich abgeschlossen worden ist.

§ 7 Durchführung und Zusammenarbeit

(1) Der AN ist verpflichtet, seine Leistungen in ständigem Kontakt mit der TK durchzuführen und diese laufend über den Fortgang der Leistungen in angemessener Weise zu unterrichten. Der AN informiert die TK unverzüglich, wenn er Fehler oder Unregelmäßigkeiten bei der Durchführung der vertraglichen Leistung feststellt, insbesondere wenn er seine Leistungsverpflichtungen nicht zeitgerecht einhalten kann. Bei Auftreten von Meinungsverschiedenheiten werden sich die Vertragspartner nach Kräften um eine einvernehmliche Lösung bemühen.

(2) Die TK stellt dem AN die zur Durchführung des Vertrages erforderlichen Informationen und Daten vollständig und rechtzeitig zur Verfügung. Diese werden in gemeinsamer Absprache der Vertragsparteien im Verlaufe der Vertragsdurchführung festgelegt. Details zur Durchführung der Leistung ergeben sich aus der LB (Anlage V2).

(3) Nach Zuschlagserteilung benennt der AN der TK eine Ansprechperson. Die TK wird dem AN mit Vertragsschluss ebenfalls eine Ansprechperson benennen. Die Kommunikation zu Anforderungen an die zu erbringenden Leistungen erfolgt ausschließlich über die von den Parteien benannten Ansprechpersonen. Die TK wird den übrigen vom AN eingesetzten Personen keine Weisungen erteilen.

(4) Für die gesamte Leistungserbringung in diesem Vertrag benennt der AN einen festen Projektleiter sowie einen Vertreter, der die in der LB beschriebenen Aufgaben wahrnimmt. Der Projektleiter muss nicht mit dem vertraglichen Ansprechpartner identisch sein.

(5) Der AN verpflichtet sich, die im Hinblick auf Arbeitsschutz und Unfallverhütung geltenden Gesetze und Verordnungen und die, soweit relevant, hierauf beruhende Fremdfirmenordnung der TK zu beachten. Die von ihm in den Räumen der TK eingesetzten Personen sind vom AN entsprechend zu unterweisen und anzuhalten, diesbezüglichen Vor-Ort-Vorgaben der TK Folge zu leisten.

(6) Die TK betreibt eine Kritische Infrastruktur im Sinne der Verordnung zur Bestimmung Kritischer Infrastrukturen nach dem BSI-Gesetz. Soweit in besonderen Fällen (zum Beispiel Auswirkungen einer Pandemie) eine Beeinträchtigung des entsprechend hohen Schutz- und Sicherheitsniveaus der TK droht, ist die TK berechtigt, besondere angemessene Schutzmaßnahmen vorzugeben, die Auswirkungen auf die Leistungserbringung haben können.

§ 8 Mitwirkung der TK

Die TK stellt in technischer Hinsicht die für die Vertragsdurchführung des AN notwendigen Mitwirkungen bereit, z.B. in Form von Konfigurationsanpassungen auf Systemen unter der administrativen Hoheit der TK. Die TK stellt auch die erforderlichen personellen Ressourcen für die Durchführung der Leistungen zur Verfügung, z.B. IT-Fachkräfte, die die Konfigurationsanpassungen begleiten. Die TK stellt dem AN im Übrigen sämtliche für die Vertragsdurchführung seitens des AN erforderlichen Informationen zur Verfügung. Bei Fragen wendet sich der AN an die ihm benannten Ansprechpartner. Werden Leistungen am Sitz der TK erbracht, stellt die TK alle erforderlichen Arbeitsmaterialien und Arbeitsplätze zur Verfügung.

§ 9 Einsatz von Personal

(1) Der AN ist verpflichtet, nur fachkundige und zuverlässige Personen einzusetzen, deren Qualifikationen und Erfahrungen mindestens den in der LB (Anlage V2) jeweils genannten Anforderungen entsprechen. Die TK hat das Recht, jederzeit vom AN einen Nachweis über die Erfüllung dieser Anforderungen durch den für einen Einsatz vorgesehenen oder bereits eingesetzten Mitarbeiter zu verlangen, indem der AN entsprechender Unterlagen (insb. Mitarbeiterprofil) vorlegt. Werden die Anforderungen nicht erfüllt, hat die TK das Recht, vom AN zu verlangen, dass dieser einen anderen Mitarbeiter für die Leistungserbringung zur Verfügung stellt, der den Anforderungen voll entspricht.

(2) Eine für die Durchführung dieses Vertrags eingesetzte Person ist für die Erfüllung der Leistungen und die Dauer des Vertrages fest zugesagt. Der AN darf diese Personen nur mit Zustimmung der TK auswechseln. Die TK wird ihre Zustimmung unverzüglich erklären, wenn der Austausch zwingend erforderlich ist. Zwingend erforderlich ist ein Austausch, wenn der weitere Einsatz unmöglich ist oder wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Diese Voraussetzungen muss der AN nachvollziehbar, sachbezogen und willkürfrei darlegen und im Streitfall durch Dokumente oder Aussagen belegen können.

(3) Die TK kann den Austausch einer vom AN eingesetzten Person bei Vorliegen eines wichtigen Grundes verlangen. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn die TK den Einsatz aus leistungs-, personen- oder verhaltensbedingten Gründen ablehnt. Die Gründe müssen nachvollziehbar, sachbezogen und willkürfrei dargelegt und im Streitfall durch Dokumente oder Aussagen von TK Mitarbeiter belegbar sein.

(4) Bei einem Austausch gelten die Rechte und Pflichten aus Absatz 1 entsprechend.

(5) Die Einarbeitungszeit der Ersatzperson wird nicht vergütet. Als Einarbeitungszeit in diesem Sinne gilt pauschal ein Personentag je angefangener Woche seit Leistungsbeginn, maximal jedoch 10 Personentage.

(6) Kann der AN nicht oder nicht innerhalb einer von der TK gesetzten angemessenen Frist einen geeigneten Ersatz beschaffen, so steht der TK, unbeschadet etwaiger Schadensersatzansprüche, das Recht zur außerordentlichen Kündigung dieses Projektvertrags zu. Ist dem AN nachweislich die Zurverfügungstellung eines geeigneten Ersatzes unmöglich, ist die Fristsetzung entbehrlich.

§ 10 Nutzungsrechte

(1) Der AN überlässt der TK die Anwendung zur bestimmungsgemäßen Nutzung in der Leistungsphase 1 gemäß EVB-IT Überlassungsvertrag Typ B mit allen hierfür erforderlichen Lizenzen und zeitlich bis zur Beendigung dieses Vertrags befristet.

(2) Entstehen bei der Erbringung der Leistungen vom AN erstellte unkörperliche oder auf Datenträgern verkörperte Werke, insbesondere Software (einschließlich Computerprogrammteile und Computer-codes, Programm-Module, eingesetzte Tools, Patches, Bugfixes, etc. und dazugehörige Dokumentationen), räumt der AN der TK an diesen Werken/Arbeitsergebnissen die nicht ausschließlichen, übertragbaren, unwiderruflichen, unkündbare sowie zeitlich und räumlich unbeschränkten Nutzungsrechte ein.

(3) Das Nutzungsrecht bezieht sich insbesondere auch auf den Objektcode der oben genannten Werke in allen Entwicklungs-, Zwischen- und Endstufen und auf die zugehörigen Dokumentationen sowie auf sonstige für die Ausübung der Nutzungsrechte notwendige Materialien wie beispielsweise Analysen, Lasten- bzw. Pflichtenhefte, Konzepte und Beschreibungen.

Durch die Rechtseinräumung ist die TK berechtigt, die Werke ganz oder teilweise im Original oder in abgeänderter, übersetzter, bearbeiteter oder umgestalteter Form:

- zu nutzen, das heißt insbesondere, sie dauerhaft oder temporär zu speichern und zu laden, sie anzuzeigen und ablaufen zu lassen, auch soweit hierfür Vervielfältigungen notwendig werden,
- abzuändern, zu übersetzen, zu bearbeiten oder auf anderem Wege umzugestalten,
- auf einem beliebigen bekannten Medium oder in anderer Weise zu speichern, zu vervielfältigen, auszustellen, zu veröffentlichen, in körperlicher oder unkörperlicher Form zu verbreiten, insbesondere nichtöffentlich und mit Ausnahme des Quellcodes öffentlich wiederzugeben, auch durch Bild-, Ton- und sonstige Informationsträger,
- in Datenbanken, Datennetzen und Online-Diensten einzusetzen, einschließlich des Rechts, die Individualsoftware, nicht jedoch den Quellcode, den Nutzern der vorgenannten Datenbanken, Netze und Online-Dienste zur Recherche und zum Abruf mittels von der TK gewählter Tools bzw. zum nicht gewerblichen Herunterladen zur Verfügung zu stellen,
- durch Dritte nutzen und bearbeiten oder für den TK betreiben zu lassen,
- nicht nur für eigene Zwecke zu nutzen, sondern auch zur Erbringung von Leistungen an Dritte einzusetzen,

(4) Für den Fall, dass der AN nicht am Markt erhältliche Werkzeuge für die Erstellung der Individualsoftware verwendet bzw. entwickelt hat und ohne diese Werkzeuge die Bearbeitung und Umgestaltung der Individualsoftware nicht oder nur mit unzumutbarem Aufwand möglich ist, übergibt er der TK ein Vervielfältigungsstück dieses Werkzeuges spätestens bis zur Bereitstellung zur Teil-, bzw. Gesamtabnahme und räumt ihm an diesem

- das nicht ausschließliche,
- örtlich unbeschränkte,
- in jeder beliebigen Hard- und Softwareumgebung ausübbar,
- nur gemeinsam mit der Individualsoftware, zu deren Bearbeitung bzw. Umgestaltung es dient, übertragbare,
- dauerhafte, unwiderrufliche und unkündbare

Recht ein, das Werkzeug im Original ausschließlich zum Zwecke der Fehlerbeseitigung und Weiterentwicklung zur Bearbeitung und Umgestaltung der Individualsoftware einzusetzen und hierfür das Werkzeug

- zu nutzen, das heißt insbesondere, es dauerhaft oder temporär zu speichern und zu laden, es anzuzeigen und ablaufen zu lassen, auch soweit hierfür Vervielfältigungen notwendig werden,
- durch Dritte nutzen oder für den Auftraggeber betreiben zu lassen,
- nicht nur für eigene Zwecke zu nutzen, sondern auch zur Erbringung von Leistungen an Dritte einzusetzen.
-

§ 11 Abnahme und Freigabe

(1) Der AN erklärt in Textform die Abnahmebereitschaft für die zu erstellenden Konzepte. Sind die Ergebnisse mit wesentlichen Mängeln behaftet, darf die TK die Abnahme verweigern. Der AN muss die festgestellten Mängel innerhalb einer von der TK gesetzten angemessenen Nachfrist beseitigen.

(2) Sind die Ergebnisse -ggf. nach Mängelbeseitigung- nicht (mehr) mit wesentlichen Mängeln behaftet, erklärt die TK schriftlich oder in Textform die Abnahme gegenüber dem AN. Eine stillschweigende Abnahme durch schlüssiges Verhalten ist ausgeschlossen. § 640 Abs. 2 BGB bleibt unberührt.

(3) Für Leistungen, bei denen der AN lediglich eine Tätigkeit, nicht aber einen bestimmten Erfolg schuldet, findet kein Abnahmeverfahren statt. Leistungsbestandteile des AN unterliegen den in der LB festgelegten Freigaben.

§ 12 Schlechtleistung dienstvertraglicher Leistungen

Wird eine Leistung nicht vertragsgemäß erbracht, ist die TK berechtigt, vom AN zu verlangen, die Leistung ohne Mehrkosten für die TK innerhalb angemessener Frist vertragsgemäß zu erbringen. Dies gilt nicht, wenn der AN die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat. Die sonstigen Ansprüche der TK, insbesondere auf Schadens- oder Aufwendungsersatz und ihr Recht zur Kündigung aus wichtigem Grund, bleiben hiervon unberührt. Soweit die Pflichtverletzung auf einem Vertretenmüssen der TK beruht, wird die TK die Mehrkosten gemäß EVB-IT Dienstvertrag vergüten.

§ 13 Vergütung

(1) Der AN erhält für seine Leistungen die im Preisblatt (Anlage A 1) angegebene Vergütung. Eine Vergütung erfolgt nur für tatsächlich erbrachte Leistungen. Die vollständige Vergütung erhält der AN, wenn die jeweilige Leistungsphase abgeschlossen. Bei vorzeitiger Kündigung gem. § 6 mit einer Vertragsbeendigung bis zum Ablauf von 2 Wochen nach Beginn der jeweiligen Leistungsphase erhält der AN keine Vergütung. Bei späterer vorzeitiger Vertragsbeendigung erhält der AN eine anteilige Vergütung je nach Zeitpunkt der Vertragsbeendigung:

- Vertragsbeendigung bis Ablauf 6 Wochen: 50% des Festpreises
- Vertragsbeendigung bis Ablauf 8 Wochen: 75% des Festpreises

(2) Die Vergütung für die bis zum Abschluss der Leistungsphase 2 benötigten Nutzungsrechte sind mit der Pauschale für die Implementierung abgegolten, siehe Preisblatt (Anlage A1). Die Position 1 des Preisblattes kann erstmalig mit Beginn der Leistungsphase 3 geltend gemacht werden.

(3) Mit der Vergütung gemäß Absatz 1 sind alle Leistungen sowie alle Nebenkosten, Auslagen und Aufwendungen gleich aus welchem Rechtsgrund abgegolten, auch soweit ihnen im Preisblatt keine gesonderte Preisposition zugeordnet ist, oder sie nicht regelmäßig oder nur auf Verlangen der TK erbracht werden. Abgegolten sind insbesondere Kosten für die Einarbeitung/Schulung, Reisekosten und -zeiten, Jours fixes und Besprechungen, Kosten für Überstunden und Leistungszuschläge sowie Porto- und Telekommunikationskosten.

(4) Der Anspruch auf Vergütung wird nicht fällig vor Zugang einer prüffähigen, den gesetzlichen und vertraglichen Anforderungen genügenden Rechnung.

§ 14 Abrechnung

(1) Die Rechnungsstellung erfolgt nach Abschluss der jeweiligen Leistungsphase.

(2) Vor dem Hintergrund der E-Rechnungsverordnung sind Rechnungen auf elektronischem Wege zu stellen.

Die Rechnungen sind als XRechnungen über die OZG-RE über folgenden Link an die TK einzureichen:
<https://xrechnung-bdr.de/edi/home>.

Zur Rechnungserstellung ist die **Leitweg-ID 992-80116-93** der TK anzugeben. Zudem müssen bei der XRechnung alle Pflichtfelder sowie mindestens die Zusatzfelder

Feld BT-56 "Name": 50000692

Feld BT-12 "Vertragsnummer": 20159768

gefüllt sein. Ggf. weitere Vorgaben zu Zusatzfeldern teilt die TK bei Bedarf dem AN nach Zuschlagserteilung mit (z.B. zu Feld BT-18 "Objektnummer", Feld BT-51 bei geschützten Daten).

Zahlungsbegründende Unterlagen (z.B. Leistungsnachweise) sind durch Hochladen als Datei der E-Rechnung beizufügen.

Die TK ist berechtigt, die vorstehenden Vorgaben unter Beachtung einer angemessenen Ankündigungsfrist anzupassen.

(3) Die vom AN zu erstellenden Rechnungen müssen prüffähig sein. Die jeweils gültige gesetzliche Umsatzsteuer ist am Schluss der Rechnung in einem Betrag gesondert hinzuzusetzen und der geforderte Rechnungsbetrag, der die Umsatzsteuer einschließt, zu nennen.

(4) Rechnungen sind zahlbar innerhalb von 30 Tagen nach Eingang einer gemäß den Absätzen 2 und 3 erstellten und den gesetzlichen Anforderungen entsprechenden Rechnung.

§ 15 Geheimhaltung

(1) Vertrauliche Informationen sind:

- Informationen über den Inhalt dieses Vertrages.
- Geschäftsgeheimnisse; diese beinhalten das gesamte kaufmännische und technische Wissen, das nur einem begrenzten Personenkreis zugänglich ist und an dessen Nichtverbreitung die jeweilige Vertragspartei ein berechtigtes Interesse hat. Unter dem kaufmännischen Wissen sind alle Daten zu verstehen, die sich auf den Zustand der Vertragsparteien und ihr Marktverhalten beziehen, wie insbesondere finanzielle, wirtschaftliche, rechtliche, wissenschaftliche und steuerliche sowie die Geschäftsstrategien oder Schutzrechte betreffende Informationen (z. B. organisatorische und strukturelle Vorhaben, Kalkulationsunterlagen, Werbe- und Marketingkonzepte). Technisches Wissen sind alle technischen und technologischen Daten (z. B. betriebs- bzw. unternehmensorganisatorische Softwarelösungen).
- Die Mitarbeitenden oder den Vorstand/die Geschäftsleitung betreffende unternehmensrelevante Informationen, die nur einem begrenzten Personenkreis zugänglich sind und an deren Nichtverbreitung die jeweilige Vertragspartei ein berechtigtes Interesse hat (z.B. geplante interne Versetzungen, Änderungen der Personalstruktur u. Ä.).

(2) Die Vertragsparteien sind verpflichtet, über die in Absatz 1 genannten vertraulichen Informationen der jeweils anderen Partei Stillschweigen zu wahren, sie - soweit dies erforderlich ist - ausschließlich zum Zwecke dieser Vertragserfüllung zu verwenden und sie Dritten ohne vorherige schriftliche Zustimmung der jeweils anderen Partei nicht zugänglich oder bekannt zu machen.

(3) Die Verpflichtung zur Geheimhaltung besteht auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses.

(4) Die Verpflichtung zur Geheimhaltung entfällt, soweit die Weitergabe der vertraulichen Informationen an beauftragte Unterauftragnehmende zur Durchführung der unterbeauftragten Leistungen zwingend erforderlich ist. Von der Verpflichtung nach Absatz 2 und 3 ausgenommen sind weiterhin Informationen, die

- veröffentlicht und/oder allgemein bekannt werden ohne ein die Geheimhaltungsverpflichtung verletzendes Zutun einer Vertragspartei,
- der jeweiligen Vertragspartei vor Anbahnung des Vertrages im Sinne des § 311 Abs. 2 Nr. 2 BGB bereits bekannt sind oder auf einem anderen Weg als durch den Vertragspartner rechtmäßig bekannt werden,
- aufgrund gesetzlicher Bestimmungen oder vollstreckbarer behördlicher oder gerichtlicher Entscheidungen offengelegt werden müssen oder
- zur sachgerechten Rechtsverfolgung von Rechten und Ansprüchen aus diesem Vertrag Dritten notwendigerweise zugänglich gemacht werden müssen.

(5) Der AN hat seine Mitarbeitenden und Dritte, die er im Rahmen des Auftragsverhältnisses einsetzt, schriftlich entsprechend zu verpflichten und der TK im Einzelfall schriftlich zu bestätigen, dass er dieser Verpflichtung nachgekommen ist.

§ 16 Datenschutz

Bei der Erbringung der Leistung verarbeitet der AN Sozialdaten bzw. personenbezogene Daten im Auftrag der TK. Der AN akzeptiert insoweit die "Regelungen zur Auftragsverarbeitung", die als Anlage Vertragsbestandteil werden.

§ 17 Unteraufträge

(1) Die Übertragung der Ausführung von vertragsgegenständlichen Leistungen oder Teilleistungen des AN auf einen Unterauftragnehmer oder der Austausch bedarf der vorherigen Information und schriftlichen Zustimmung der TK. Der AN hat der TK im Rahmen dieser Information und vor der Erteilung der Zustimmung eine schriftliche Erklärung des Unterauftragnehmers einzureichen, in der dieser bestätigt, dass er die auf ihn übertragenen Leistungen erbringen wird und die hierfür benötigten Kapazitäten/Mittel zur Verfügung stellt. Für die im Angebot des AN benannten Unterauftragnehmer gilt die Zustimmung der TK als erteilt.

Bloße Zulieferungen oder rein unterstützende Tätigkeiten fallen nicht unter den Begriff des Unterauftrags.

(2) Durch die Aufgabenübertragung auf Dritte dürfen die vertrags- und gesetzeskonforme Vertragsdurchführung, insbesondere der Vertragszweck, die vereinbarten Termine, die Einhaltung der Vorschriften über Datenschutz, Sicherheit und Geheimhaltung nicht gefährdet oder beeinträchtigt werden. Der AN ist verpflichtet, in den Vertrag mit seinem jeweiligen Unterauftragnehmer entsprechende Regelungen aufzunehmen und hat auch im Übrigen sämtliche erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Anforderungen des Satzes 1 sicherzustellen. Der AN stellt u.a. sicher, dass der Einsatz und die Vergütung von Unterauftragnehmern nicht gegen EU-Sanktionen verstoßen und Unterauftragnehmer die für den AN geltenden Vertraulichkeits- und Sicherheitsstandards einhalten.

(3) Der AN bleibt gegenüber der TK für die Erfüllung aller Verpflichtungen aus diesem Vertrag verantwortlich, auch wenn Leistungen oder Teilleistungen von Unterauftragnehmern erbracht werden. Er überwacht die Einhaltung aller relevanten gesetzlichen und vertraglichen Bestimmungen durch seine Unterauftragnehmer.

(4) Die Zustimmungserteilung nach Absatz 1 kann von der Prüfung der Fachkunde, der Leistungsfähigkeit und der Zuverlässigkeit des Unterauftragnehmers anhand der Maßstäbe der Eignungsprüfung im Rahmen der erfolgten Auftragserteilung unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Anforderungen abhängig gemacht werden. Der AN hat für den Unterauftragnehmer hinsichtlich dessen Leistungsanteils die Eignungsnachweise vorzulegen, die seitens der TK auch von ihm selbst gefordert wurden.

Die TK kann eine einmal erteilte Zustimmung widerrufen, falls sich herausstellt, dass die Voraussetzungen für eine Unterbeauftragung nicht (mehr) vorliegen, insbesondere wenn sich herausstellt, dass die Eignung des Unterauftragnehmers wegfällt, das Bundesamt für Soziale Sicherung (BAS) die Unterbeauftragung untersagt oder die Unterbeauftragung Störungen im Vertragsverhältnis zwischen AN und TK zur Folge hat.

(5) Die voranstehenden Regelungen gelten entsprechend für jede weitere nachgeordnete Unterbeauftragung. Der AN stellt in diesen Fällen sicher, dass nachgeordnete Unterauftragnehmer entsprechend verpflichtet werden.

§ 18 Einhaltung gesetzlicher Entgeltbestimmungen

(1) Der AN hat die TK unverzüglich schriftlich zu informieren, sobald er Kenntnis davon hat, dass er oder ein im Rahmen dieses Vertragsverhältnisses eingesetzter Unterauftragnehmer gegen die Bestimmungen des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (MiLoG) oder des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) zur Zahlung des Mindestlohns verstößt oder verstoßen hat oder dass Tatsachen den Verdacht eines solchen Verstoßes begründen.

(2) Die TK ist berechtigt, jederzeit vom AN eine schriftliche Erklärung darüber zu verlangen, dass er der Verpflichtung zur Zahlung des Mindestlohns nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen nachkommt. Sofern die TK Kenntnis von Umständen erlangt, die den Verdacht eines Verstoßes des AN oder eines im Rahmen der Vertragsdurchführung eingesetzten Unterauftragnehmers gegen die Bestimmungen des MiLoG oder des AEntG zur Zahlung des Mindestlohnes begründen, ist die TK berechtigt, weitere über eine schriftliche Erklärung des AN hinausgehende geeignete Nachweise zu verlangen (nach Wahl der TK z.B. Testat eines Wirtschaftsprüfers, aussagekräftige und nachvollziehbare Entgeltunterlagen). Sollte sich ein ohne Zutun des AN entstandener Verdacht nicht bestätigen, ist der AN berechtigt, für die Beibringung der von der TK geforderten Nachweise entstandene Kosten von der TK erstattet zu verlangen. Der AN stellt sicher, dass er berechtigt ist, entsprechende Nachweise auch von im Rahmen dieses Vertragsverhältnisses eingesetzten Unterauftragnehmern zu verlangen und an die TK auf deren Verlangen weiterzureichen.

(3) Ein Verstoß des AN gegen die Verpflichtung zur Zahlung des Mindestlohns nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen kann die TK zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigen. Ein Verstoß eines im Rahmen dieses Vertrages eingesetzten Unterauftragnehmers gegen die Verpflichtung zur Zahlung des Mindestlohns nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen berechtigt die TK dazu, den sofortigen Austausch des Unterauftragnehmers zu verlangen bzw. die Zustimmung zum Einsatz dieses Unterauftragnehmers mit sofortiger Wirkung zu widerrufen.

(4) Der AN stellt die TK von sämtlichen Ansprüchen Dritter frei, die infolge von Verstößen des AN gegen die Bestimmungen des MiLoG oder des AEntG zur Zahlung des Mindestlohnes entstehen. Zudem

stellt der AN die TK von sämtlichen Ansprüchen Dritter frei, die infolge von Verstößen gegen die Bestimmungen des MiLoG oder des AEntG zur Zahlung des Mindestlohnes von für die Durchführung des Vertrages eingesetzten Unterauftragnehmern entstehen.

§ 19 Außerordentliche Kündigung

(1) Jede Vertragspartei kann aus wichtigem Grund den Vertrag nach den gesetzlichen Bestimmungen ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist außerordentlich kündigen. Ein wichtiger Grund liegt vor, wenn Tatsachen gegeben sind, aufgrund derer dem Kündigenden unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles und unter Abwägung der Interessen der Vertragsparteien die Fortsetzung des Vertrages nicht mehr zugemutet werden kann. Besteht der wichtige Grund in der Verletzung einer vertraglichen Pflicht, ist die Kündigung erst nach erfolglosem Ablauf einer zur Abhilfe gesetzten Frist oder nach erfolgloser Abmahnung zulässig, soweit nicht nach den gesetzlichen Bestimmungen eine Fristsetzung entbehrlich ist.

Für die TK kann insbesondere dann ein wichtiger Grund vorliegen,

(a) wenn der AN gegen die vertraglichen Regelungen zur Compliance und Antikorruption des Vertrages verstoßen hat oder

(b) wenn EU-Sanktionen die Vertragsdurchführung beeinträchtigen, insbesondere wenn der AN durch den Einsatz oder die Vergütung von Unterauftragnehmern gegen EU-Sanktionen verstoßen hat oder

(c) wenn sich der AN im Zuge der Begründung oder Durchführung des Schuldverhältnisses an unzulässigen Wettbewerbsbeschränkungen im Sinne des Strafgesetzbuches (StGB) oder des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) beteiligt hat. Dies umfasst insbesondere Vereinbarungen mit Dritten über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, über zu fordernde Preise, über die Entrichtung einer Ausfallentschädigung (Gewinnbeteiligung oder sonstige Angaben) sowie über die Festlegung der Empfehlung von Preisen oder

(d) wenn der AN nachweislich eine seine Zuverlässigkeit in Frage stellende schwere Verfehlung begangen hat, die nach den maßgeblichen vergaberechtlichen Bestimmungen seinen Ausschluss vom Wettbewerb rechtfertigt. Eine schwere Verfehlung ist insbesondere die Gewährung von Vorteilen im Sinne der §§ 333, 334 StGB oder

(e) wenn die TK Kenntnis davon erlangt, dass der AN im Vergabeverfahren vorsätzlich unzutreffende Erklärungen in Bezug auf seine Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit abgegeben hat oder

(f) wenn der AN die Regelungen zur Einhaltung gesetzlichen Entgeltbestimmungen verletzt hat oder

(g) wenn die TK eine Weisung des Bundesamt für Soziale Sicherung (BAS) oder eine gerichtliche oder behördliche Verfügung erhält, die der TK die Durchführung der vertragsgegenständlichen Leistungen nicht länger erlaubt. Der AN verzichtet auf die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen gegen die TK wegen etwaiger durch eine solche Kündigung eintretender Schäden, es sei denn, die Untersagung beruht auf einem pflichtwidrigen Verhalten der TK.

(2) Die sonstigen gesetzlichen Rechte und Ansprüche bleiben unberührt.

(3) Die außerordentliche Kündigung bedarf der Schriftform.

§ 20 Compliance und Antikorrupcion

Der AN ist verpflichtet, zusätzlich zu den bereits im Vertrag aufgeführten Bestimmungen die jeweils für ihn maßgeblichen und im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis stehenden gesetzlichen Regelungen einzuhalten. Dies betrifft insbesondere Anti-Korruptions- und Geldwäschegesetze, Sanktionsvorschriften, kartell-, wettbewerbsrechtliche und strafrechtliche Vorschriften (insbesondere Betrug, Untreue und Insolvenzstraftaten) sowie arbeits- und sozialrechtliche Vorschriften.

§ 21 Haftung

- (1) Hat eine Vertragspartei gegen die andere Vertragspartei einen gesetzlichen oder vertraglichen Schadens-, Freistellungs- und Aufwendungsersatzanspruch, haftet die andere Vertragspartei wie folgt:
- (2) Bei leicht fahrlässigen Pflichtverletzungen wird die Haftung für den Vertrag insgesamt auf den im Preisblattes angegebenen „Angebotsvergleichspreis inkl. USt. in Euro nach Skontoabzug“ beschränkt.
- (3) Diese Haftungsbeschränkung gilt nicht für Ansprüche wegen Vorsatz und grober Fahrlässigkeit, bei der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, soweit das Produkthaftungsgesetz zur Anwendung kommt sowie bei einem Garantieverprechen.
- (4) Ansprüche aus entgangenem Gewinn sind ausgeschlossen.

§ 22 Versicherung

- (1) Der AN verpflichtet sich, für den Fall der Inanspruchnahme durch die TK oder einen Dritten, eine der Höhe und dem Umfang nach ausreichende Haftpflichtversicherung für Personen-, Sach- und Vermögensschäden - inklusive einer IT-Haftpflichtversicherung - auch für reine Vermögensschäden - in Höhe von 1 Million Euro pro Schadensereignis und Jahr - spätestens zu Beginn der Leistungserbringung - abzuschließen und während der Dauer des Vertragsverhältnisses aufrecht zu erhalten. Die pauschale Mindestdeckungssumme für Personen- und Sachschäden beträgt 5 Mio. Euro pro Schaden und Jahr.
- (2) Sofern sich der AN bei der Ausführung anderer bedient und soweit diese nicht von dem gemäß Abs. 1 vorzuhaltenden Versicherungsschutz mit umfasst sind, hat der AN sicherzustellen, dass diese ebenfalls eine Abs. 1 entsprechende Haftpflichtversicherung abschließen und unterhalten.
- (3) Diese Versicherungen müssen spätestens zu Beginn der jeweiligen Leistungserbringung Gültigkeit haben und sind während der Dauer dieses Vertragsverhältnisses aufrecht zu erhalten.
- (4) Auf Verlangen der TK ist während der Vertragsdauer mindestens eine Versicherungsbestätigung des zuständigen Haftpflichtversicherers mit aktuellem Datum vorzulegen, aus der hervorgeht, dass die Versicherung ungekündigt besteht. Zudem muss diese Bestätigung die für die TK ausgeführte Tätigkeit als auch die vereinbarten Versicherungssummen beinhalten. Bei Bedarf sind weitere Nachweise einzureichen.
- (5) Der AN hat der TK sämtliche Änderungen im Versicherungsumfang, die mit den Anforderungen aus den Absätzen 1 bis 4 im Zusammenhang stehen, unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

§ 23 Abwicklung des Vertrages

(1) Der AN verpflichtet sich, nach Beendigung des Vertragsverhältnisses unverzüglich sämtliche mit diesem Vertrag im Zusammenhang stehenden Unterlagen, Materialien und Datenträger sowie von der TK überlassene Dateien in ihrer ursprünglichen und gegebenenfalls durch den AN aktualisierten Form an die TK bzw. an einen von der TK benannten Dritten herauszugeben oder nach Absprache mit der TK zu vernichten bzw. zu löschen. Der AN kann an den genannten Gegenständen kein Zurückbehaltungsrecht geltend machen.

(2) Die Pflicht zur Herausgabe von Unterlagen, Materialien und Datenträger besteht nicht, sofern der AN zu deren Aufbewahrung gesetzlich verpflichtet ist.

§ 24 Sonstige Vereinbarungen

(1) Soweit der Vertrag eine "schriftliche" Zustimmung bzw. Erklärung fordert, ist die Textform (z.B. E-Mail) ausreichend. Gleiches gilt für rechtserhebliche Erklärungen und Anzeigen (z.B. Fristsetzung und Mahnung), es sei denn, die Parteien haben eine strengere Formvorschrift vereinbart. Soweit der Vertrag "Schriftform" fordert, muss eine Erklärung gemäß §§ 126, 126a BGB erfolgen (per Brief mit einer eigenhändigen Unterschrift bzw. unter Verwendung einer qualifizierten elektronischen Signatur).

(2) Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages sind nur wirksam, wenn sie in Schriftform oder im elektronischen Vertragsabschlusssystem der TK in Textform getroffen werden. Dies gilt auch für die Änderung oder Aufhebung dieser Klausel. Mit diesem Formerfordernis soll keine Abbedingung des Vorrangs einer - auch mündlichen - Individualvereinbarung einhergehen.

(3) Die Benennung der TK als Referenzkunde ist dem AN nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung gestattet. Die TK kann eine von ihr erteilte Zustimmung jederzeit ohne Angabe von Gründen widerrufen.

(4) Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

(5) Die Abtretung einer Forderung des AN aus diesem Vertrag ist nur mit Zustimmung der TK rechtswirksam. Der AN hat die Abtretungsanzeige der TK vorzulegen. Die TK teilt dem AN sowie dem vorgesehenen neuen Gläubiger schriftlich ihre Entscheidung mit.

(6) Gerichtsstand ist der Sitz der TK.

Techniker Krankenkasse
Leitung Einkaufsmanagement

Datum, Auftragnehmer